

Die Linke/Liste Solidarität stellt sich vor:



1. Bernd Heyl, 53, Lehrer, Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Stadtverordneter für die Liste Solidarität, Aktionsbündnis gegen Sozialabbau. Steht für eine Schul- und Bildungspolitik, die soziale und politische Inhalte klärt und Menschen zu befreiendem Handeln befähigt.



10. Konstantinos Kounatidis, Rüsselsheimer Grieche, der seit 30 Jahren hier lebt. Verheiratet, zwei Kinder. Mitglied in mehreren griechischen Vereinen, langjährige Mitarbeit im Präsidium des Ausländerbeirates.



Martina Friedmann, 40 Jahre, Industriekauffrau, Betriebsrätin und Gewerkschafterin. Auf 2. Bildungsweg Studium zur Pädagogin. Mein Anliegen ist die Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum, höhere Steuern für Reiche, Entlastung für Arme.



2. Yeter Ayboga, 37, ich setze mich dafür ein, dass alle Rüsselsheimer unabhängig von ihrer Herkunft und Staatsbürgerschaft aktiv mitbestimmen. Kommunales Wahlrecht für alle. Ich lehne jede Art von Diskriminierung ab. „Je mehr Sprachen wir sprechen, desto besser.“



3. Karl-Heinz Schneckenberger, 58, geb. in Rüsselsheim, Vermessungsingenieur, Mitglied im Vorstand des Mietervereins, des Vereins „Kunstraum Opelvillen“ des Kunstvereins Mitglied im BUND, Obst- und Gartenbauverein Königstädten. „Politik demokratisieren - Demokratie politisieren!“



12. Mohamed Boukayo, 21, Student, aktiv bei attac: „Für ein auf Toleranz, gegenseitigen Respekt und Verständnis beruhendes Zusammenleben der Kulturen in Rüsselsheim.“



13. Heinz-Jürgen Krug, geboren 11.7.1951, aktiv bei attac und in der IG Metall. Auch in der Kommunalpolitik setze ich mich ein für eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Individuums Voraussetzung für die Freiheit aller ist.



4. Arthur Weger, 53, verheiratet, 2 Kinder, Lehrer. Erfahrungen als GEW-Vertrauensmann und Betriebsrat. „Sozial- und Bildungspolitik müssen Vorrang haben vor den Profitinteressen der Banken und Konzerne.“



5. Brigitte Schmidt-Sattaf, 53, zwei Kinder, berufstätig, aktiv bei ver.di, Personalrätin, attac. Keine Privatisierung gegen schwindende Etats als Folge einer frechen Steuerpolitik.



14. Heike Wieland-Reith Mein Engagement gilt besonders der Familien- und Frauenpolitik in Rüsselsheim. Hier gilt: Keine Kürzungen im Bildungsbereich. Für die Erhaltung des Rüsselsheimer Frauenzentrums.



15. Ralf Becker, 44, Berufsschullehrer, Personalrat. Ich setze mich dafür ein, dass Jugendliche eine Perspektive bekommen. Schulsozialarbeit an der W.-Heisenberg-Schule eingeführt wird und die Stadt eine Initiative startet zur Gründung einer Produktionsschule in Rüsselsheim für benachteiligte Jugendliche.



6. Michael Flörsheimer, geboren 1949, Politologe, seit 27 Jahren Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.



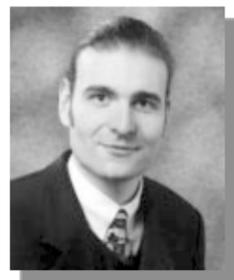
7. Manfred Hartmann, 55, Beamter, „Cui bono?“ Wem nützt es? Rüsselsheim und dadurch allen Menschen der Stadt. Das ist die grundlegende Frage und gleichzeitig Basis, die bei meiner politischen Arbeit gelten wird.



16. Heinz König, 71, seit 1950 Gewerkschaftsmitglied. Ich trete ein für eine friedliche Welt, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, ein Einkommen zu erzielen, welches ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Lasst uns Wege dorthin global denken und in Rüsselsheim lokal handeln.



17. Antje van Klev, Krankenschwester und Dipl.-Pflegerin, stellv. Betriebsratsvorsitzende im Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim. „Dienstleistungen im Gesundheitswesen sind keine Ware. Sie müssen allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein und solidarisch finanziert werden.“



8. Dr. Andreas Schwarz, Verwaltungswissenschaftler. Geb. 1968. Verheiratet, zwei Kinder. Wechsel von der SPD-Fraktion zur Liste Solidarität Ende 2005. Mein Ziel: Der Durchdringung aller Lebensbereiche mit ökonomischen Vorstellungen Einhalt gebieten.



9. Nathalie Thomas, Französin, 43, verheiratet, 1 Kind, Lehrerin an einer Integrierten Gesamtschule. Soziale Gerechtigkeit, bessere Bildungschancen und das friedliche Zusammenleben der Kulturen sind meine politischen Ziele.



18. Rainer Mangler-van Klev, Elektriker, derzeit freigestellter stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Imtech in Rüsselsheim.



19. Michael Brücks, 52 Jahre, Lagerist, DGB-Kreisvorsitzender Auch B beschäftigte im Einzelhandel haben ein Recht auf Familienleben! Deshalb: Keine verkaufsoffenen Sonntage! Beibehaltung der Ladenschlusszeiten!

Für ein soziales Rüsselsheim

Liebe Rüsselsheimerin, lieber Rüsselsheimer,

es hat sich viel verändert im neuen Jahrhundert. Die neoliberalen Glückversprechungen von allgemeinem Wohlstand, Demokratie und Frieden, sofern man nur dem Wettbewerb und dem „freiem Markt“ das Feld überlässt, haben sich als haltlos erwiesen. Unsicherheit, Angst um Zukunft, Armut, Krieg und Gewalt bestimmen dagegen in weiten Teilen der Welt die Gegenwart, immer mehr allerdings auch bei uns. Reagiert wird darauf von vielen Politikern und Parteien mit einem trotzigem „Jetzt erst recht“ – das heißt mit verstärktem Sozialabbau, der Unterordnung immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter das Profitprinzip (nichts anderes bedeutet „Privatisierung“) und der Beantwortung der daraus folgenden sozialen Verwerfungen mit „Law & Order“, auf deutsch: Militäreinsätze rund um die Welt, vielleicht auch bald im eigenen Land – verstärkte Kontrolle und Überwachung auf jeden Fall. Aber diese Entwicklung wird nicht mehr widerspruchslos hingenommen: neue soziale Bewegungen gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung gibt es in vielen Teilen der Welt, linke Parteien und Wahlbündnisse gewinnen wieder an Stärke und versuchen, wo immer möglich, Alternativen nicht nur zu entwickeln, sondern auch zu praktizieren - so in den letzten Jahren in einigen Ländern Südamerikas. Auch in Deutschland findet die Kritik am Kapitalismus wieder Gehör und ihren Niederschlag auch in den Parlamenten.

Die Linke / Liste Solidarität steht:

- Für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen, Geschlechter und Kulturen
- Für ein klares Nein zum Flughafenausbau
- Für den Ausbau von Kindertagesstätten, Schulen, Weiterbildung und Jugendpflege
- Für das Recht der Jugend auf Zukunft und Ausbildung
- Für den Erhalt städtischer Einrichtungen! Nein zu Privatisierung! Kein Verkauf !
- Für bezahlbare Wohnungen in lebenswerter Umgebung
- Für Kultur und Leben in einer umweltfreundlichen Stadt
- Für ausreichende Gemeindefinanzen und sorgsamem Umgang mit Steuergeldern
- Für eine sozial gerechte Stadt
- Für mehr Demokratie in der Stadt

Die Linke / Liste Solidarität versteht sich als Teil dieser sozialen Bewegungen. Seit 2001 hat die Liste Solidarität durch zahlreiche Initiativen in der Stadtverordnetenversammlung die Interessen der Menschen vertreten. Von Anfang an haben wir uns gegen die Erhöhung der Gruppengrößen in den Kindertagesstätten, die Schließung der Horte, die Schließung der Eichgrundschule und andere im Rahmen der Sparpolitik angedachte unsoziale Maßnahmen gewendet, lange bevor SPD, CDU, Grüne und FDP auf den Bürgerprotest eingingen. Als Bush den Krieg im Irak begann, unterstützten wir erfolgreich die attac – Initiative, Rüsselsheim solle sich dem weltweiten Bündnis der Citys for Peace anschließen und im November 2005 griff die Liste Solidarität als erste die Kritik am geplanten Teilverkauf der Stadtwerke an Suez/ Eurawasser auf. Diese kritisch-konstruktive Politik möchten wir gerne offensiv und gestärkt fortsetzen.

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

In der Linken / Liste Solidarität arbeiten aktive GewerkschafterInnen, ehemalige Grüne, MigrantInnen, enttäuschte Sozialdemokraten, Mitglieder der Linkspartei, Mitglieder alternativer Gruppierungen sowie von attac zusammen. Schauen Sie sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten an, Sie werden sicher einige kennen!

Bei der Kreistagswahl:

DIE LINKE.
OFFENE LISTE

In Rüsselsheim:

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen, Geschlechter und Kulturen

Die Linke/Liste Solidarität versteht sich als Stimme sozialer, internationaler, ökologischer und soziokultureller Initiativen im Parlament sowie als Teil einer kritischen Gegenöffentlichkeit. Wir treten allen entgegen, die gewollt oder ungewollt eine Politik betreiben, die Menschen gegeneinander ausspielt, soziale Kälte verbreitet und Fremdenfeindlichkeit schürt. Für uns ist Rüsselsheim mit seinen Licht- und Schattenseiten der Ort, in dem Frauen und Männer gleichberechtigt leben, arbeiten und mitgestalten wollen. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für ein auf Toleranz, gegenseitigen Respekt und Verständnis beruhendes Zusammenleben in der Stadt ein.

Für ein klares Nein zum Flughafenausbau

Die Linke/Liste Solidarität begrüßt die Aktionen der Städte, Gemeinden und des Kreises gegen den Flughafenausbau und für ein Nachtflugverbot. Alle Parteien, die für das Rüsselsheimer Stadtparlament kandidieren, lehnen – zum Teil mit unterschiedlichen Begründungen – die Flughafenerweiterung ab. Das ist gut so. Wer gegen den Flughafenausbau ist, sollte aber trotzdem überlegen, ob er seine Stimme der CDU, SPD, FDP oder den Grünen gibt. Auf Landes- oder auf Bundesebene befürworten diese Parteien den Flughafenausbau.

- Die betroffenen Menschen der Region können diesen Kampf nicht den Städten und Gemeinden allein überlassen.
- Die Unterstützung der Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau ist daher für uns von besonderer Bedeutung.

Für den Ausbau von Kindertagesstätten, Schulen, Weiterbildung und Jugendpflege

Rüsselsheim braucht gute Kitas und Schulen, damit Kinder und Jugendliche lernen, tolerant und friedlich miteinander zu leben und ihre Zukunft selbstbestimmt und beruflich erfolgreich zu gestalten. Die Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten und verschiedenen Kulturen sollten alle eine Kindertagesstätte und möglichst lange gemeinsam eine integrierte Schulform besuchen.

- An den Schulen müssen Ganztagsangebote und Angebote der Schulsozialarbeit qualitativ verbessert und weiter ausgebaut werden.
- Bildung muss ein öffentliches Gut bleiben.
- Der Besuch von Kindertagesstätten, Schulen und Volkshochschulen muss langfristig kostenfrei sein, derzeit erhobene Gebühren müssen bis zur vollständigen Abschaffung schrittweise gesenkt werden.
- Auch an Jugendräumen, Jugendkultur- und Jugendbildungsarbeit darf nicht gespart werden.

Für die Verwirklichung des Rechts der Jugend auf Zukunft und Ausbildung

Jedes Jahr verlassen ca. 400 ausbildungswillige Rüsselsheimer Jugendliche die Schule ohne einen Ausbildungsplatz. Stattdessen sind sie in Maßnahmen der Agentur für Arbeit, Vollzeitformen der Beruflichen Schule oder in der Arbeitslosigkeit gezwungen, auf einen Ausbildungsplatz zu warten.

Die Linke/Liste Solidarität befürwortet eine Politik, die echten Ausbildungsplätzen Vorrang vor Maßnahmen einräumt. Die Linke/Liste Solidarität fordert, die Ausbildungskapazitäten in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben auszuweiten und Konzepte für die Schaffung weiterer zusätzlicher Ausbildungsplätze zu entwickeln.

- Bei der Auswahl von Firmen für städtische Aufträge muss die Ausbildungsquote ein wichtiges Kriterium werden.
- Die städtische Politik sollte auch immer wieder auf die zu niedrige Ausbildungsquote insbesondere bei Opel hinweisen und auf Verbesserungen drängen.

Für den Erhalt städtischer Einrichtungen! Nein zu Privatisierung! Kein Verkauf!

Die Linke/Liste Solidarität ist der Auffassung, dass der öffentliche Dienst die beste Form ist, Aufgaben, die im Interesse aller Menschen in der Stadt anfallen zu erledigen. Die Menschen bezahlen ihre Steuern dafür, dass Schwimmbäder, Schulen, Kindertagesstätten Jugend- und Senioreneinrichtungen, Kultureinrichtungen und kostengünstige Verkehrsverbindungen davon finanziert werden. Wir wenden uns gegen die immer stärker um sich greifenden Ausgründungen und Privatisierungen städtischer Einrichtungen. Sie sind für die Bürger stets mit steigenden Kosten und Gebühren und schlechteren Leistungen verbunden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten sie meistens eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Lohnkürzungen. Die ausgegliederten Betriebe sind von den Kommunalparlamenten nur noch schwer zu kontrollieren. Die Geschäftspolitik ist dabei nicht mehr dem Gemeinwohl sondern dem Gewinnstreben des einzelnen Betriebes verpflichtet. Deshalb:

- Keine Privatisierungen – keine Niedriglöhne !

Den Verkauf der Stadtwerke an Private haben wir gemeinsam verhindert. Aber es gilt wachsam zu sein, um weitere Privatisierungsversuche bei Krankenhaus, Gewobau, Stadtwerken, Bildungs- und Kultureinrichtungen zu verhindern.

Für bezahlbare Wohnungen in lebenswerter Umgebung

Die Linke/Liste Solidarität wendet sich gegen den Verkauf kommunaler, landes- und bundeseigener Wohnungsbestände und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Nach wie vor fehlen bezahlbare Wohnungen für kinderreiche Familien.

- Wir wenden uns gegen Mieterhöhungen beim Auslaufen von Sozialbindungen.
- Zwangsumzüge wegen Hartz IV und anderer unsozialer Gesetze müssen verhindert werden.
- Wir treten für eine Beratung und Unterstützung für Mieter bei allen unsozialen Maßnahmen von Eigentümern ein.

Für Kultur und Leben in einer umweltfreundlichen Stadt

Förderung der Lebensqualität für die Menschen in Rüsselsheim bedeutet für Die Linke/Liste Solidarität: eine lebenswerte Umgebung zu schaffen, einer Verödung der Innenstadt und der Vernachlässigung der Stadtteile entgegenzuwirken, wohnnahe Einkaufsmöglichkeiten zu fördern, Freizeitmöglichkeiten zu schaffen, die Pflege und Gestaltung von Grünflächen, die Pappelallee am Main wieder herzustellen, Sportplätze und Sportstätten zu erhalten, Orte der Begegnung, Kommunikation und kultureller Aktivitäten zu schaffen.

Darüber hinaus fordern wir ein internationales Zentrum, ein Jugendgästehaus und andere Einrichtungen als Orte kulturellen Austauschs, internationaler Solidarität und Toleranz.

Unverzichtbar sind die Stadtbücherei und die Stadtteilbüchereien, das Theater, das Stadtmuseum, die Musikschule, sowie Bürgerräume und Seniorentreffs. Privatisierungen und eine Spardiskussion, die die verschiedenen Kulturbereiche gegeneinander ausspielt, lehnt die Linke/Liste Solidarität ab.

- Wir wenden uns gegen hemmungslosen Flächenverbrauch und treten für Entseigelungsmaßnahmen und die Wiedernutzung von bereits bebauten, aber nicht mehr genutzten Flächen ein.
- Wir setzen uns für verkehrsberuhigende Maßnahmen in Wohngebieten ein, für bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr und die Förderung des Radwegenetzes für Arbeit, Einkauf und Freizeit der Rüsselsheimer/innen.
- Wir sprechen uns gegen weitere Ausweisung von Gewerbegebieten für Großmärkte/Discounter aus.

Für ausreichende Gemeindefinanzen und sorgsamem Umgang mit Steuergeldern

Wie die große Mehrheit der Städte, Gemeinden und Landkreise leidet auch Rüsselsheim vor allem unter einer Steuerpolitik, die es Unternehmen wie General Motors (Opel) gestattet, die Vorteile der kommunalen Infrastruktur zu nutzen, ohne einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzierung zu leisten. Die Senkung des Gewerbesteuersatzes 1998 war falsch und trägt weiterhin zur wachsenden Verschuldung bei. Die Verarmung der Kommunen ist die Kehrseite der explosionsartigen Vermehrung des Reichtums von Wenigen. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher eine Neuregelung der Kommunalfinanzierung und akzeptiert in keiner Weise die Sparvorgaben die z. B. aus dem Regierungspräsidium kommen. Auch in Rüsselsheim werden immer noch Steuergelder für fragwürdige Projekte, wie die Verwaltungsreform, sinnlose Gutachten, den Neubau des Bahnhofs oder die Fassadenförderung ausgegeben. Diese Politik lehnen wir ab.

Für eine sozial gerechte Stadt

Auch in Rüsselsheim bedeutet wachsender Reichtum einerseits zunehmende Verarmung andererseits. Nicht zuletzt wegen der Opelkrise wächst die Arbeitslosigkeit und in Folge der Hartz-Gesetze vollzieht sich rasch der Absturz in die Armut. Vor allem Kinder und allein erziehende Frauen sind Leidtragende dieser Entwicklung. Oft genug werden die betroffenen Menschen von der Politik und von den Medien als „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ diskreditiert. Die Linke/Liste Solidarität wendet sich mit Nachdruck dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht werden. Eine soziale Stadt muss der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen, indem sie ihre kulturellen und sozialen Einrichtungen, ihre Sportanlagen und sonstigen Dienste kostengünstig oder kostenlos zur Verfügung stellt, und sie muss durch ihre gesamte Politik die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben gewährleisten.

Für mehr Demokratie in der Stadt

Wie in der Bundespolitik findet auch in Rüsselsheim eine schleichende Veränderung der politischen Strukturen statt. Immer mehr Kompetenzen werden von den Abgeordneten zu Oberbürgermeister, Magistrat und von diesen bestellten Beraterfirmen und informellen Gruppen wie die „interfraktionelle Arbeitsgruppe“ verlagert. Das Parlament soll zwar noch strategische Festlegungen treffen, droht aber zu einem Organ zu werden, das bereits getroffene Entscheidungen nur noch absegnet. „Marketing- und Dienstleistungsexperten“ betreiben eine so genannte Modernisierung, die durch Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und Eigentum demokratische Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten immer mehr einschränkt, Transparenz verhindert und einer Entpolitisierung Vorschub leistet. Wir halten es für unerlässlich, dass die Menschen in Rüsselsheim mehr Möglichkeiten bekommen, aktiv an der Entwicklung der Stadt mitzuwirken. Intensive öffentliche Diskussionen vor wichtigen Entscheidungen, Stadtteilbeiräte für alle Stadt- und Ortsteile und ein eigenes Antragsrecht aller Beiräte an die Stadtverordnetenversammlung sind für uns wichtige Schritte in die richtige Richtung.

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Sie möchten mehr über die Linke / Liste Solidarität erfahren?

Das Programm und die aktuellen Erklärungen finden Sie im Internet unter

www.liste-solidaritaet.de

Kontaktadresse:

Heinz-Jürgen Krug, Dr. Ludwig-Opel-Straße 59, 65428 Rüsselsheim